

Besitzpreis:
Für Dresden vierthalblich:
2 Mark 60 Pf., bei den Posten
und beauftragten Buchhandlungen
vierthalblich 2 Mark; unter
halb des Deutschen Reichs
Post- und Steuerabrechnung.
Einzelne Nummern: 10 Pf.

Erstchein:
Täglich mit Ausnahme der
Sommer- und Winterzeit abends.
Herausg. und Druck: Nr. 1225.



Dresdner Journal.

N 134.

Montag, den 14. Juni, abends.

1897.

Diejenigen Besucher unseres Blattes,
welche daselbe von hier aus nach einem andern
Aufenthaltsort nachgehend zu haben wünschen,
bitten wir, mit der bezüglichen Bestellung gleich-
zeitig die an die Post zu entrichtende Über-
weisung gebühr einenden zu wollen. Die-
selbe beträgt im ersten Monat eines Viertel-
jahres 60 Pf., im zweiten Monat 40 Pf.
und im dritten Monat 20 Pf.

Auf ausdrücklichen Wunsch beforgen wir die
Nachsendung unter Kranzband. Die Ge-
bühren hierfür richten sich nach dem Gewicht
der einzelnen Sendungen.

Königl. Expedition des Dresdner Journals

Amtlicher Teil.

Se. Majestät des Königs haben dem Postchaffner o. D.
Strickert in Leipzig die Erlaubniß zum Anlegen
des ihm von St. Majestät dem Deutschen Kaiser und
Könige von Preußen verliehenen Allgemeinen Ehren-
zeichens in Gold Allerhöchst zu ertheilen geruht.

Bekanntmachung.

Der Norddeutsche Versicherungs-Verein
Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit, zu Rostock
ist zum Betrieb der Hoffnung-, der Unfall- und
der Versicherung auf Todes- und Lebensfall mit
den Sätzen Dresden und Leipzig zugelassen worden.

Auf Grund von § 6 der Verordnung vom
16. September 1856 wird dies hiermit zur öffent-
lichen Kenntniß gebracht.

Dresden, am 1. Juni 1897.

Ministerium des Innern,
Abtheilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel.
Bodel. Edelmann.

Bekanntmachung.

Zu Schwergerichtsgerichten für die im dritten
Kalendervierteljahr 1897 beginnende Sitzungsperiode
find nach § 83 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom
27. Januar 1877 erneut worden:

bei dem Landgerichte Dresden der Landgerichtsdirektor
Dr. Becker.
Leipzig Landgerichtsdirektor
Dr. Franze.
Chemnitz Landgerichtsdirektor
Böhme.
Banzen Landgerichtsdirektor
Aber.
Freiberg Landgerichtsdirektor
von Wolf.
Zwickau Landgerichtsdirektor
Wolf.
Plauen Landgerichtspräsident
Dr. Hartmann.

Dresden, den 12. Juni 1897.

Der Präsident des R. S. Oberlandesgerichts.
Berner. Dietel.

Kunst und Wissenschaft.

Residenztheater. Am 13. Juni: "Goldene Herzen".
Vollstück in vier Akten von C. Karlweiss. (Zum ersten
Male.)

Das Residenztheater führt mit dem goldenen, die
Renishheit ins freie lodernde Sommermetier einen Krieg
auf Leben und Tod, und wie jeder Krieg verbraucht auch
dieser Kräfte und Material. Unter den Novitäten, die
in dieser heißen Zeit ohne Widerhall in einem größeren
Publikum zu den Untertheatern sinken, befindet sich manch-
eine, die unter günstigeren Umständen nachhaltigen Erfolg
und fröhliche Stimmung erweisen könnte und es jetzt
nicht einmal zu einem Scheitern bringt. Ob das Voll-
stück "Goldene Herzen" vom Verfasser des "Kleinen
Mannes" und "Großen Herds" zu diesen Neugierigen
zählt, ist freilich ungewiß. Karlweiss beweist in der Er-
findung und der Durchführung dieses Stückes den schweren
Blitz somit für rechte Schäden als für tömische Wider-
sprüche und Erlebnisse im Wiener Volkseben, die
glückliche Fähigkeit, überwältigende Wendungen herbeizuführen
und sie mit einer Reihe wachsender Einsätze zu beleben.
Aber eine andere für den Dramatiker noch wichtigerer
Eigenschaft: einen Stoff aus einer roh verlaufenden Hand-
lung zu konzentrieren, ihn überzeugend zu heften und
dem gewollten Effekt doch den Odem unmittelbaren Lebens
einzuhanden, scheint bei der Gestaltung des getrenn-
geführten Volkstheaters geschlummert zu haben. "Goldene
Herzen" verlaufen in die Breite, anstatt in die Höhe zu
gehn. Obgleich in der ersten Anlage gut begründet und
bis zum Schlus des zweiten Aktes immer wieder feststellbar,
ermittelt im weiteren Verlaufe die Handlung, wie die
Charakteristik mehr und mehr, die Unwahrscheinlichkeiten
wachsen über das theatralisch herkömmliche weit hinaus,
die beiden leichten Wie waren ohne leidenschaftliche

Nichtamtlicher Teil.

Zur Lage in Österreich.

Die Erwartungen, die die österreichische Regierung
auf die Schließung des Reichsrates gelegt hatte, sind
bis jetzt nicht erfüllt worden. Keine Beruhigung der
Gemeinde ist eingetreten, sondern eine noch viel heftigere
Erregung als bisher festgestellt angewiesen die
Beziehungen zwischen der Regierung und den
Mehrheitsparteien zu der deutschen Opposition. Die
Äußerungen des Monarchen beim Empfang der
Österreicher der regierungsfreundlichen Klubs haben
sowohl jüdischer festgestellt werden können, zweifellos
zur Klärung der Sachlage, aber nicht auch zu einer
Beruhigung geführt. Das Lob, das Kaiser Franz
Joseph I. bei der gedachten Gelegenheit der
deutschfeindlichen Partei wegen ihres Eintrittes, in
die regierungsfreundliche Mehrheit gehandelt hat und
die freundliche Erwähnung der vom Kaiser gestellten
außer jedem Zweifel, daß das vom Grafen Boden in der
Sprachenfrage eingeschlagene Verfahren höheren Grundsatz
als gebilligt wird und daß also die Ob-
struktion der Deutschen ganz erfolglos geblieben ist.
Dieser Erfolg hat sich auch der Führer der
deutschen Oppositionsparteien sicherlich nicht ver-
schieden können; aber statt nunmehr den unfruchtbaren
Kampf gegen die Regierung und deren Sprachen-
verordnungen aufzugeben, haben sie sich vielmehr zu
einer Verschärfung des einmal begonnenen Kampfes
entschlossen und diesen Entschluß auch schon auf dem
am 7. Juni in Brünn abgehaltenen deutschen Partei-
tag zum formellen Beschlüsse erhoben. Die Resolution,
die hier von den Delegierten der sämtlichen oppositionellen
Fraktionen einstimmig angenommen worden ist, enthält
die Erklärung, daß die Sprachenverordnungen, die
den Aufzug der Volkslösung Böhmens und Mährens
aus dem bisherigen staatsrechtlichen Verbande der
Monarchie bedeuten und gesetzlich seien, die Deutschen
in Österreich um die ihnen als dem kulturell vor-
geschrittensten Volke gehörende Stellung im Staate
zu bringen, in der bisherigen Weise bestämpft werden
würden und der deutschfeindliche Druck. Dr. Groß
ergänzte diese Erklärung sogar noch durch die Drohung,
daß bevor die Sprachenverordnungen nicht beseitigt
sein würden, im Reichsrat weder das nächstjährige
Budget, noch auch der Ausgleich mit Ungarn, ja nicht
einmal die Bewilligung des nächstjährigen Rekruten-
kontingents in Verhandlung gezogen werden dürfe.
Der Verlust der Brünner Parteiverkündigung hat
gezeigt, daß obwohl die Deutschfeindlichen an
zahl stärker vertreten waren, doch den radikalsten
Deutschen vom Schlag der Schönerer und Genossen
die Führung in dem Kampf gegen die Regierung zu-
gefallen ist und daß die Vereinigung der oppositionellen
deutschen Fraktionen sich nicht unter der
Flagge der "bezeichneten" Deutschfeindlichen
sondern unter der der Intransigenten vollzogen hat.
Der Schlagtruf der Deutschen wird jetzt in Österreich
nicht mehr durch Rücksicht auf die in den maß-
gebenden Wiener Kreisen herrschende Stimmung ge-
dämpft werden, sondern er durchdringt die Monarchie
in der Form Schönerers, des unverhüllten Be-
fängnis aller halb- und unenthielten Oppositions-
äußerungen.

Der Eindruck der gesteigerten Verbitterung der
deutschen Parteien auf die Regierung und deren
Parteigänger ist unverstehbar. Besonders in der
richterlichen Presse äußert sich das unbekämpfbare Gefühl
der Unjustiz bezüglich dessen, was die Regierung
unternehmen werde, um sich ihrer ungestümen
Angreiter im deutschen Lager zu erwehren. Aus

Wien gelangen in die Salaten dieser Blätter sogar
solche Sensationsberichte, denen zufolge Graf Boden
sich im Begriffe stehe, den Rückzug vor der deutschen
Opposition anzutreten. Die Regierung habe sich, so
daß erzählt, zu der Schließung des Reichsrates
entschlossen, um die Möglichkeit zu erhalten, bei seiner
Wiedereröffnung den Deutschen eine Vertretung im
Reichsrat zu verschaffen, und sie wolle im übrigen
die Deutschen durch Entgegenkommen in der weiteren
Behandlung der Sprachenfrage zum Eintritt in die
Regierungsmehrheit zu bewegen suchen. In den dem-
mächtig in Wien zu eröffnenden Verhandlungen
zwischen den Vertrauensmännern der Deutschen und
Tschechen werde die Krone ihren mächtigen Einfluß
ausüben, um die Tschechen zu bewegen, daß sie den
Forderungen der Deutschen auf Belebung eines
Teiles der Bestimmungen der Sprachenverordnung nach-
zögern. Auch die politische Presse beginnt an der
unterschiedlichen Fesigkeiten der Bodenischen Politik zu
zweifeln. So heißt es im "Glossar", daß Graf
Boden sich von den deutlichen Obstruktionisten habe
einschüchtern lassen; die Schließung des Reichsrates
und die Antrittspunkt von Verhandlungen zwischen
Deutschen und Tschechen sei ein Streit der Waffen
vor der deutschen Opposition. Ein anderes poli-
tisch-politisches Blatt, der "Pragblatt", weist auf die Ver-
handlungen als auf den einzigen Ausweg hin, auf
den Graf Boden aus der unbehaglichen Lage heraus-
kommen könne, in dem sich der Parlamentarismus und
das Bodenische Regierungssystem befinden.

Auch das offizielle "Kronenblatt" empfiehlt übrigens
dieses Mittel, und nicht die Deutschen wie auch die
Tschechen davon zu überzeugen, daß sie
wohl daran thun würden, sich im Verhandlungskriege
mit einander zu einigen. Sonst würde sich die Not-
wendigkeit von Zwangsmittel ergeben.

Bei welcher Art diese Zwangsmittel sein würden,
ist verräth der Wiener Beobachter der "Kronen-
Zeitung" in seinem letzten Berichte, in welchem es
heißt, daß im äußersten Falle zwar vielleicht nicht
der gegenwärtige Ministerpräsident wohl aber sein
Nachfolger sich nicht mehr lange bestimmen werde, der
Dezember-Beschluß den Kronenblatt gegeben. Und auch das
"Budapestischer Tagblatt" erklärt schon,
daß bereits sämtliche erprobte Politiker in Österreich
zu der Überzeugung gelangt seien, die alten Formen
der Verfassung entsprechen dem neuen Zeitalter nicht
mehr und der nationale Friede und soziale Reformen
seien nicht im Rahmen und auf dem Boden der Ver-
fassung vom Jahre 1867 durchzuführen.

Im tschechischen Lager verfolgt man diese aus-
wärtigen "Verbelebungen" der federalistischen Um-
gestaltung Österreichs mit wohlgefälliger Spannung,
und andererseits rüstet man sich mit Eifer auf eine
möglichst rasche und wirkungsvolle Ablehnung der
Forderungen, die bei den Verhandlungen in Wien von
den Deutschen betrifft Durchdringung der Sprachen-
verordnung einen kleinen Teil ihrer verdeckten
Schuldigkeit thun, vor allem aber die Sorte von Teil-
nahme, die an die Senation gehabt ist und meist zur
Spekulation wird, sollen mit der habsburgschen, halb schwe-
chten Erfindung des Ständes akroffen werden. Einzige
ist's ein vortheilicher und lustiger Einfall, einen Selbst-
mord des verläumpten Malers Leonhard Bätscher durch
Kohlendampf und eine Retting im letzten Augenblick vor-
zuweigeln. Aber leider stehen Bätschers Charakter und
seine häusliche Zustände auf der Grenze, auf der neu-
zeitliche Selbstmord allzu berechtigt als ein leichter und
einfacher Schritt angesehen wird. Eine Komödie, die die
Tragik im Hintergrund hat, willt heimlich immer geteilt.
Der plötzliche Höhepunkt, von dem der Vater des Dürhards
"Mutterliebe" ergriffen war, steht ebenfalls zu
haut am prächtigen Werksleiter, um rein humoristisch zu
wirken, während er vom Verfasser für einen schwäbischen
Märchen als eine Art lebendiger Mittel leidet mehr dem
Märchen als dem Leben angehören.

Wie immer sei, Karlweiss legt auch in diesem
mindest gelungenen Stück eine ausdrückliche Tendenz für
fröhliche Gestaltung und Lebenswiedergabe an den Ton, es
läßt es für diesmal nur an der straffen Zusammenfassung
fehlen. Die Darstellung war, bis auf einen Hauptpunkt,
vortrefflich, die breuen Künstler spielen sehr gut und sich
selbst entsprechend, vor einem zu Dreimetteln leeren Haufe.
Eine ganz gerundete, außerordentlich lebensvolle Szene
gab Dr. Wilhelm (Leonhard Bätscher) in seiner Ver-
körperung des verfremdeten "akademischen" Malers, des
wie arbeitenden, jedermann anpumpenden und selbst in

in der Prinz Villa zu Hofheim Familiensaal statt,
an welcher Se. Kaiser und Königlichkeit der Groß-
herzog von Toskana sowie Ihre Königliche Hoheiten
der Prinz und die Prinzessin Friederich
August, der Prinz und die Prinzessin Mathilde
und der Prinz Albert teilnahmen.

Dresden, 14. Juni. Se. Königliche Hoheit der kom-
mandierende General Prinz Georg wohnte heute
morgen von 7 Uhr ab der Schließung des 2. Grenadier-
regiments Nr. 101 "Kaiser Wilhelm, König von
Preußen" und des 1. (Leib-) Grenadierregiments
Nr. 100 auf den Exerzierplätzen westlich der König-
licher Straße bei.

Deutsches Reich.

Berlin. Beide Kaiserliche Majestäten wohnten
gestern in Potsdam dem Gottesdienste in den Com-
munitas bei.

Der "Kronenblatt" veröffentlicht das Gesetz wegen
Änderung der §§ 8 und 12 des Gesetzes, betreffend
die Fürsorge für die Witwen und Waisen der
unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1882,
vom 1. Juni 1887.

Antonius Titzky hat nunmehr, wie die
"Post" zu melden weiß, sein neues Kommando als vor-
läufig stellvertretender Staatssekretär des Reichsmarineamts
angezogen. Man nimmt an, daß die Kommandierung des
Genannten zur Vertretung des beauftragten Staatssekretärs
des Reichsmarineamts" von längerer Dauer sein wird.

Die "Germania" erachtet für die Stichwahl in
Wiesbaden die Ausführungen für den Zentrumslandkreis
auch infolge ungünstiger, als er mit dem konfessionellen
Vorurteil zu kämpfen habe, selbst wenn es sich um einen
politischen Gefangenversuch handele, wie doch der Zentrumslandkreis es den Konservativen
gegenüber sein sollte — Über diese letztere Wendung ist
die "Freiheitliche Zeitung" höchst erfreut. Sie schreibt:

"Jetzt sind die Konservativen auf einmal politische Ge-
fanganversuchende des Zentrums! Eben erst hat das
Zentrum sich in dem Wahlkampf in Wiesbaden mit seiner
entschiedenen Haltung zur Vereinsgeheimschule im Gegen-
satz zu den Konservativen gehabt. Eben erst sind die
Reden des Zentrums verklungen, daß es kein unbekreis-
bares Verdienst sei, daß das Volk in Bezug auf Militär-
und Marineförderung von übermäßigen Lasten verschont
geblieben sei. Und jetzt stellt man sich auf einmal als
"politischer Gefangenversuchender" der Konservativen hin!"

Ubrigens haben die Sozialdemokraten, wie verlaust,
sich schon entschlossen, für den Freiheitswahlkreis zu stimmen
bevor Sie damit wohl entschieden sein dürfte.

Der Vorstand des Vereins Berliner Getreide-
und Produktionshändler hat beschlossen, den Vereins-
mitgliedern zu empfehlen, bei auf weiteres keine anderen
Veranstaltungen an Stelle der Feuerwehrversammlungen
abzuhalten. Der Getreidehändler wird hiernach bis
auf weiteres nur vom Komitor zu Komitor treiben
wollen. Die Delegierten für die Beratungen mit dem
Oberpräsidenten wegen Wiederherstellung der Produktions-
höfe sind übrigens auch entschlossen, eine etwaige Au-
fordnung zu einer neuen Sitzung abzulehnen. In derselben
ablehnenden Weise sieht sich auch das Alterskollegium
der Kaufmannschaft verhalten zu wollen.

Durch die Auflösung der Feuerwehr in die hochgradigste Aus-
bildung verzerrt werden. Daß das Verbot einfach die
Durchführung eines bestehenden Gesetzes und nichts weiter
bedeutet, wird abschließend übersehen, nur um die Regierung
als im "Schleppen der Agaric" befindlich darzustellen.
Am weitesten geht die "Vossische Zeitung", die gemeinsam
mit ihren Zillenblättern außerhalb Berlins mindestens einen
Tag um den anderen "ausgewichen" hatte, daß die Au-
flösung der Feuerwehrvereinigung nie erfolgen könne und den
Landwirten selbst untermehr Schaden bringen müsse. Das
Blatt behauptet jetzt, die Berliner Getreidehändler führen
ihren Kampf gegen die Regierung als Vertreter "des ge-
samten Bürgertums". Mit Ausnahme der wenigen Ber-
liner Angreifer der "Vossischen Zeitung" wird sich das
deutsche Bürgertum wohl energisch dafür beklagen, daß
seine Sache die einzigen Berliner Getreidehändler sei!

Erste internationale Kunstausstellung zu Dresden.

XII.

Kunstgewerbe 1.

Jeder, der Sinn und Gefühl für die heutigen Beob-
achtungen des Kunstgewerbes besitzt, wird es mit Freuden
begüte haben, daß an der internationalen Kunstaus-
stellung in Dresden und dem nachst noch nicht gebüh-
rend ansetzbaren Kunstgewerbe ein Platz eingeräumt
wird. Und zwar ist dies herausnehmlich nicht, wie
es auch früher schon der Fall war, lediglich der Aus-
schmückung wegen geschahen, es sind vielmehr in Dresden
die funktionswährenden Ereignisse als völlig gleich-
berechtigte Ausstellungsthäle anerkannt worden. Freilich
keineswegs diejenigen, welche man gewöhnlich bei uns
unter solcher und welche doch mehr oder weniger die
Wohninwendigkeit erlernen lassen. Aber auch nicht alle, bei
denen man wirklich die künstlerische Hand hält, sind pa-
gelassen worden, sondern von ihnen nur diejenigen, welche
die modernste Richtung vertreten. Denn die ganze auf-
wiegende Ausstellung vertritt ja — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — die Ausbildung
der jungen Künstler, die sich mit großer Kraft von
der Nachahmung, von dem Traditionellen losmachen und
die von ihnen eigene Persönlichkeit einzulösen bestrebt ist, und
die sich wohl gerade durch diese Ausbildung weitere Kreise

In dem Kampfe der alten und neuen Richtung auf
dem Gebiete der Malerei und Plastik hat herauszuge-
wählen jeder Gebildete bereit Stellung genommen. Doch
aber dieser Kampf auch im Kunstgewerbe in der gleichen
Weise entbrannt ist, d. h. weniger allgemein bekannt sein.
Und doch haben — ein deutlicher Beweis für die Heutig-
keit, mit der gekämpft wird — auch hier bereits Hanauer
des Künstlervereins und Vereinigten aller Kunstgewerbeleben
als das beste Heilmittel für unter heutiges Kunstgewerbe
bezeichnet, damit das ihnen so verhasste Nachahmen alter